

POSITIONSPAPIER

AUF DEM WEG ZUR KLIMAANGEPASSTEN KOMMUNE

Unterstützung der Bayerischen Städte
und Gemeinden durch den Freistaat

AUF DEM WEG ZUR KLIMAANGEPASSTEN KOMMUNE

Unterstützung der Bayerischen Städte und Gemeinden durch den Freistaat

Um die dringend notwendigen Maßnahmen zur Klimaanpassung bewältigen zu können, brauchen die bayerischen Kommunen staatliche Unterstützung, Beratung und eine entsprechende finanzielle Förderung. Wir Grüne fordern von der Bayerischen Staatsregierung zur Bewältigung der Klimaüberhitzung folgende Punkte:

1. Hitzeaktionspläne aufstellen

Wir wollen ein Programm für kommunale Hitzeaktionspläne, sowie eine staatliche Begleitung und Unterstützung bei deren Umsetzung.

2. Sturzflutmanagement einführen

Es soll ein Sturzfluten-Risikokzept erstellt und umgesetzt werden, das Gefahren ermittelt und geeignete Maßnahmen zur Gefahrenabwehr vorschlägt, sowie deren kommunale Umsetzung fördert und unterstützt.

3. „Schwammstadt“ – Regenwasser speichern

Wir brauchen eine wassersensible Stadtentwicklung mit einer Regenwasserbewirtschaftung, die dafür sorgt, dass Niederschlagswasser in den Kommunen zurückgehalten und gespeichert wird (so genannte „Schwammstadt“). Regenwasser braucht Raum zum Versickern, Verdunsten, Zurückhalten, ortsnah in Oberflächengewässer Einleiten oder direkt Nutzen.

4. Hitze mildernde Stadtentwicklung fördern

Wir fordern ein Programm „Kommunen begrünen - Hitze abmildern“, das insbesondere die Auseinandersetzung mit Makro- und Mikroklima (Klimafunktionskartierungen), Frischluftschneisen, Begrünung (Fassaden- und Dachbegrünung), Abkühlung (Öffnung verrohrter Bäche), Trinkwasser-Brunnen, Verschattung, Durchlüftung und den Gesundheitsschutz während Hitzeperioden fördert.

5. Baumpflege und Baumersatz unterstützen

Die Kommunen werden beim Erhalt und der Pflege wichtiger schattenspendender Stadtbäume und Alleen, sowie bei der Neupflanzung von klimaangepassten Stadtbäumen unterstützt. Dazu wird ein Sonderprogramm für die Kommunen zur Förderung des Ersatzes und Bewässerung der durch Stürme, Schneebruch, Hitze und Trockenheit abgestorbenen Bäume aufgelegt.

6. Kommunale Flächenentsiegelung fördern

Wir wollen ein Programm für die Entsiegelung und Gestaltung von nicht mehr benötigten Verkehrsrestflächen, Stellplätzen, versiegelten Hinterhöfen, überdimensionierten Parkplätzen und ungenutzten (Teilen von) Gewerbegebieten. Grünflächen, die für das Klima in den Kommunen relevant sind, sollen identifiziert und dauerhaft vor Versiegelung und Bebauung geschützt werden.

7. Bayernweit Baumschutzverordnungen und Baumkataster einführen

Baumschutzverordnungen und -kataster sollen in allen bayerischen Kommunen eingeführt werden.

8. Öffentlichen Nahverkehr klimatisieren

Die bayerischen Kommunen sollen eine finanzielle Unterstützung klimatisierter Busse und Bahnen bei der Anschaffung oder Umrüstung bekommen, sowie die Möglichkeit, Wartebereiche besser abschatten zu können.

Klimaanpassungsmaßnahmen in den Kommunen ergreifen

Die Erdüberhitzung ist neben dem Verlust der Biodiversität die weltweit größte Herausforderung unserer Zeit. Um auf die Auswirkungen der Klimaüberhitzung noch aktiv reagieren zu können, sind drastische und schnelle Maßnahmen bei der Reduktion der Treibhausgase zum wirksamen **Klimaschutz** unvermeidlich. Mittlerweile ist zugleich die Klimaüberhitzung so weit fortgeschritten, dass wir ebenfalls dringend Maßnahmen zur **Klimaanpassung** in den Mittelpunkt unserer politischen Anstrengungen rücken müssen.

Die Klimaüberhitzung stellt die Städte und Gemeinden vor gewaltige zusätzliche Herausforderungen. Um die damit verbundenen Aufgaben übernehmen zu können, ist mehr Unterstützung seitens der Landesebene nötig. Die Hitze und Trockenheit führen längst auch in Bayern zu Dürre, Baumsterben, Trockenfall von Bächen, Rückgang der Grundwasserpegel und stellen auch enorme gesundheitliche Belastungen für viele Menschen dar, vor allem Kinder, Senior*innen, Menschen mit Behinderungen, sowie kranke und pflegebedürftige Menschen. Hinzu kommen weitere wetterbedingte Extremsituationen mit Stürmen, Starkregen (und -schnee) und Sturzfluten. Unsere Kommunen müssen sich darauf vorbereiten, sowohl organisatorisch als auch mit baulichen Maßnahmen und Vorgaben.

Die Klimaanpassungsmaßnahmen sind derart umfangreich und kostenintensiv, dass sie allein mit den Haushaltsmitteln der Kommunen nicht zu stemmen sein werden. Es ist deshalb Aufgabe des Staates, die Kommunen fachlich und finanziell zu unterstützen.

Klimaanpassung ist längst auch von Gesetzes wegen von den Kommunen bei der Stadtentwicklung zu berücksichtigen. Spätestens seit den Novellierungen des Baugesetzbuches von 2011 und 2013 sind Kommunen gefordert, beim Stadtumbau und den städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen den Erfordernissen des Klimaschutzes insbesondere durch Maßnahmen, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung zu tragen. Demgemäß müssen die Belange des Klimaschutzes und der Klimaanpassung bei den Stadtumbau- und Sanierungszielen zur Behebung städtebaulicher Missstände berück-

sichtigt werden. Wir treten dafür ein, dass die Belange des Klimaschutzes und der Klimaanpassung künftig vorrangig zu berücksichtigen sind.

Hitzebelastung reduzieren

In versiegelten und verdichteten Siedlungsstrukturen wirken sich Hitzewellen besonders stark aus. Dicht bebaute Gebiete, wie Stadtzentren, innerstädtische Wohn- und Mischgebiete sowie Gewerbe- und Industriegebiete, stellen Wärmeinseln dar. Hier wird die Sonneneinstrahlung aufgrund von dunklen Flächen an Gebäuden und Straßen gespeichert und nur langsam abgegeben. Dies führt vor allem nachts zu einer im Vergleich zur Umgebungstemperatur langsameren Abkühlung. Vermehrte Ansprüche an Freiflächen und Frischluftschneisen zur besseren Durchlüftung von Städten stehen hier teilweise in Konflikt mit einer aus Gründen des Klimaschutzes und der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum angestrebten städtischen Innenverdichtung.

Gesundheitliche Gefahren und Beeinträchtigungen des Menschen durch die Hitzebelastung drohen vor allem in Form von vermehrten Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Dehydrierung, zunehmender Belastung von Allergiker*innen und neuen, insbesondere tropischen Infektionskrankheiten. Der Schutz vor hitzebedingten Erkrankungen kann nur durch ein Maßnahmenbündel verschiedener Akteur*innen erreicht werden: von der Stadtplanung, der Gebäudetechnik bis hin zu Hitzewarndiensten und Trinkplänen für Kinder, ältere Menschen und Kranke.

Besonders belastete Plätze sollten, sofern ein Bepflanzen mit Bäumen nicht möglich ist, mit Sonnensegeln oder Markisen ausgestattet werden, um schattige Bereiche aufzuweisen. Wo dies möglich ist, sollten an geeigneten Standorten Trinkwasserbrunnen angelegt werden.

Die Auswirkungen von sommerlicher Hitzebelastung bei Massenveranstaltungen muss in Notfallplänen und Besucherinformationen (Hitzestress) Berücksichtigung finden.

Hitzeaktionspläne aufstellen

Um die Gesundheit der Menschen zu schützen, müssen Präventionsmaßnahmen auf verschiedenen Ebenen initiiert werden. Dazu gehört etwa das Nutzen von Frühwarnsystemen und das rechtzeitige Aufklären der Öffentlichkeit. Besonders berücksichtigt werden müssen hier auch betroffene Einrichtungen, wie Alten- und Pflegeheime, Krankenhäuser, Kindertageseinrichtungen und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen, um besonders hitzesensible Personengruppen zu erreichen. Hitzeaktionspläne sind von den Kommunen individuell zu erstellen, da jeweils die örtlichen Gegebenheiten und hier insbesondere die klimatischen Bedingungen unterschiedlich sind, die die Basis für die Entwicklung und Umsetzung geeigneter und sinnvoller Maßnahmen darstellen.

Kommunale Hitzeaktionspläne sollen hitzebedingte und durch die ultraviolette Sonneneinstrahlung bedingte Erkrankungen und Todesfälle durch Prävention vermeiden. Hitzeaktionspläne sollen sowohl kurzfristig umsetzbare Aktivitäten (z.B. Einrichten von Kommunikationswegen, Etablierung des Hitzewarnsystems) als auch erst längerfristig umsetzbare Aktivitäten (z.B. Stadtplanerische Maßnahmen, Einrichtung eines zeitnahen Monitorings) umfassen. Jede zuständige Behörde soll mit diesen Empfehlungen ermutigt werden, selbst bei geringen personellen und finanziellen Ressourcen, die Entwicklung

eines Hitzeaktionsplans mit den verfügbaren finanziellen Mitteln voranzubringen, um für den nächsten Hitzesommer besser gewappnet zu sein. Viele der Maßnahmen können kostengünstig umgesetzt werden. Denn im Wesentlichen geht es um die Bewusstseins-schärfung für diese Thematik, damit Betroffene ihr Verhalten anpassen. Auch bauliche Maßnahmen können mitunter mit relativ geringem Aufwand durchgeführt werden, z.B. bei ohnehin notwendigen Änderungen an bestehenden Bauten und Freiflächen, bei Stadtplanungen oder bei Bauvorhaben.

Eine besondere Bedeutung kommt aufgrund der zunehmenden Hitzebelastung auch der Klimatisierung von öffentlichen Gebäuden und von Bussen und Bahnen im öffentlichen Nahverkehr zu.

Zunehmender Trockenheit entgegenwirken

In weiten Teilen Bayerns führen geringere Niederschläge zu niedrigeren Grundwasserständen. Dies hat Konsequenzen für das Trinkwasser, das in Bayern überwiegend aus dem Grundwasser gewonnen wird. Die geringere zur Verfügung stehende Menge führt zu Konflikten zwischen den Trinkwasser-versorgern und den gewerblichen oder landwirtschaftlichen Nutzer*innen des Grundwassers. Geringere Mengen beeinflussen auch die Qualität des Grundwassers und damit die Nutzbarkeit als Trinkwasser, weil sich Schadstoffe (z.B. Pestizidrückstände) oder Nitrate konzentrieren und damit Grenzwerte überschreiten können. Gleichzeitig führt die Trockenheit zu einem höheren Bedarf an Bewässerungswasser, was die Situation noch verschärft. Es braucht klare Vorgaben zur Mengentnahme für alle Nutzer*innen und ein Grundwassermanagement, das einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Nutzungen und den vertretbaren Entnahmen schafft. Dort, wo (auch kleinräumig) hohe Grundwasserstände vorhanden sind, ist auf Bebauung so weit wie möglich zu verzichten und etwa bestehende Landwirtschaft zu erhalten.

Starkregenereignissen durch Sturzflutmanagement die Spitze nehmen

Die Klimaüberhitzung führt dazu, dass Sturzfluten in Zukunft wesentlich häufiger auftreten werden. Die Kommunen sind deshalb gefordert, ein Sturzflut-Risikomanagement aufzulegen, um eine Verringerung der negativen Auswirkungen von Wassergefahren an den Bächen und kleinen Gewässern und bei wild abfließendem Wasser zu erreichen. Dabei werden Gefahren und Risiken ermittelt, lokale Schutzziele definiert und örtlich spezifische Schutzmaßnahmen aufgezeigt. Absehbare ortsplanerische Entwicklungen und die Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie sind dabei zusätzlich zu berücksichtigen. Die Flächennutzungs- und Bauleitplanung sollte an die Erkenntnisse und Festlegungen dieses Konzepts angepasst werden. Zukunftsfähige Regenwasserbewirtschaftung heißt auch, dass Konzepte und Lösungen für den Umgang mit seltenen Starkregenereignissen entwickelt werden. Kann Regenwasser in Zisternen, Regenrückhaltebecken und Pufferspeichern (Rigolen) oder auf Park- und Sportplätzen zwischengespeichert werden, ohne die Bevölkerung zu gefährden, wenn die Kanäle oder das Gewässer überlastet sind? Kann Regenwasser über Notwasserwege über Straßen geleitet werden? Lassen sich so Schäden durch Überflutungen an Gebäuden etc. vermeiden?

Ein erfolgreiches Management des Hochwasser- und Überflutungsschutzes besteht nicht allein aus technischen Anlagen. Überschwemmungsgebiete in den Flussauen müssen zurückgewonnen, Gewässer renaturiert, neue Retentionsflächen geschaffen und die Versiegelung von Flächen reduziert werden. Mögliche Überflutungsflächen bei Starkregenereignissen sollten vorausschauend in einer Starkregenkartierung erfasst werden. Mit dem Ziel eines möglichst schadlosen Abflusses sind die Überflutungs-

flächen und Abflussrinnen bei zukünftigen Bebauungen zu berücksichtigen.

„Schwammstadt“ - Dezentrale Regenwasserbewirtschaftung umsetzen

Starkregenereignisse und Sturzfluten, aber auch Trockenzeiten stellen die Kommunen vor neue Herausforderungen. Die bisherige Strategie, Niederschlagswasser möglichst schnell abzuleiten, funktioniert nicht mehr. Im Gegenteil: Bei Starkregenereignissen überlastete Abwasserkanäle werden zu problematischen Quellen für lokale Überschwemmungen. In Trockenzeiten dagegen wird das zuvor abgeleitete Niederschlagswasser dringend benötigt. In beiden Fällen ist der Oberflächenabfluss verbunden mit der Ableitung über ein Kanalsystem die Ursache für die entstehenden Probleme.

Optimal ist eine oberflächige Versickerung, die sowohl die Grünflächen bewässert als auch dem Grundwasserspiegel Wasser zuführt. Hierfür sind Grünflächenerhaltungs- und Entsiegelungs-Programme notwendig. Fehlen von ausreichend unversiegelten Flächen für die Versickerung besteht auch die Möglichkeit der Versickerung in dezentralen Regenrückhalteeinrichtungen wie Rigolen und Zisternen, die das Wasser an die Umgebung abgeben können oder zur späteren Nutzung speichern.

Wo Versickerung nicht möglich ist, bedarf es einer dezentralen Rückhaltung von Regenwasser z.B. durch Dachbegrünungen und Regentonnen und bei versiegelten Flächen ohne Zisternen oder Rigolen die Ableitung in Gewässer oder Gräben, die das Wasser nicht aus der Kommune herausleiten. Niederschlagswasser, das nicht versickert oder in Gewässer abgeleitet werden kann, sollte so weit als möglich direkt genutzt werden. Wir brauchen dazu möglichst viele Bereiche mit einem Trennsystem (wie es das Wasserhaushaltsgesetz auch vorgibt), bei dem das Regenwasser in unkritischen Bereichen zwischengespeichert und dezentral einer Nutzung zugeführt werden kann.

Bei allen genannten Optionen findet gleichzeitig Verdunstung statt, die wiederum für Kühlung sorgt.

Nach dem „Schwammstadt-Prinzip“ ergeben sich Synergieeffekte zwischen naturnahem Regenwassermanagement und Heizvorsorge, indem durch die Speicherung von Regenwasser, bodenverbessernde Maßnahmen und die kontinuierliche Versorgung der Vegetation mit Wasser die Kühlleistung von Böden und Vegetationsflächen gesteigert werden kann.

Grundlagen für die Klimaanpassung ermitteln

Um wirksame Maßnahmen zur Klimaanpassung ergreifen zu können, ist eine Ermittlung der Grundlagen von großer Bedeutung. Dazu zählen vor allem die Ermittlung der meteorologischen Daten (z.B. Verteilung der Wärmeinseln und Kaltluftströme). Klimafunktions- bzw. Klimaanalysekarten liefern eine flächenhafte Übersicht lokalklimatischer und teilweise auch luft-hygienischer Gegebenheiten. Sie geben grobe Aussagen zur Wärmebelastung von Quartieren und zum Luftaustausch. Verfeinerte parzellenscharfe Aussagen liefern mikroklimatische Detail-Untersuchungen, die als Grundlage für Baupläne dienen können.

Für die Planung wichtige Grundlage sind auch Karten zu Überschwemmungsbereichen und wassersensiblen Flächen mit hohem Grundwasserstand. Wichtige Hinweise gibt auch die Erstellung einer Starkregengefahrenkarte, an die sich eine Analyse der Überflutungsgefährdung kritischer Infrastruktur und

der Rückhalteräume und Abflusswege anschließen sollte. In besonderen Lagen ist auch die Ermittlung von Gefährdungspotenzialen durch Massenbewegungen (Muren) erforderlich.

Hilfreich sind auch soziostrukturelle Karten, die Hinweise geben, in welchen Gebieten z.B. aufgrund der Altersstruktur besonders hitzeempfindliche Bevölkerungsgruppen wohnen.

Stadtklimatisch bedeutsame Grün- und Freiflächen schaffen und erhalten

Die zunehmende Zahl von Hitzeperioden im Sommer bedingt gerade in den sich stark aufheizenden Städten auch den Bedarf an wohnungsnahen schattigen Grünflächen. Nur hier lassen sich für nicht klimatisierte Wohnungen kühle Erholungsorte schaffen. Besondere Bedeutung haben Grünanlagen mit alten Bäumen, die sowohl Schatten spenden als auch durch ihre Verdunstungsleistung für ein erträgliches Stadtklima sorgen. Um auch zukünftig in den Städten noch über ausreichend Grünflächen verfügen zu können, ist es wichtig, die für das Stadtklima relevanten Grünflächen zu identifizieren und sie dauerhaft vor Versiegelung und Bebauung zu schützen.

Wetterextreme (Stürme, Trockenheit) und neue Krankheiten führen dazu, dass überdurchschnittlich viele Bäume Vitalitätsschäden aufweisen oder absterben, was oft aufwändige Maßnahmen zur Verkehrssicherung nach sich zieht. Auch die Neuanpflanzung gestaltet sich schwierig, da viele Baumarten mit den neuen heißeren und trockeneren Bedingungen nur schlecht zurechtkommen und das Ausfallrisiko entsprechend hoch ist. Jede zusätzliche Belastung durch unzureichende Beachtung der Baumschutzvorschriften bei Baumaßnahmen oder Eingriffe und Verdichtungen des Wurzelraums müssen deshalb vermieden werden. Der Schutz von Bäumen auf Privatgrundstücken sollte bayernweit durch Baumschutzverordnungen und erfasst durch Baumkataster geregelt werden, um unnötigen Verlust von wichtigem Altbaumbestand zu vermeiden.

Von großer Bedeutung ist die Öffnung von bisher verrohrten Bächen oder Kanälen. Sie tragen zu einer Abkühlung versiegelter Bereiche bei. Genauso können Brunnen und offene Wasserflächen besonders kritische, sich stark aufheizende versiegelte Bereiche mikroklimatisch aufwerten.

Durchlüftung der Siedlungsstrukturen gewährleisten

Kaltluftentstehungsgebiete, vor allem Wiesen, Weiden, Ackerflächen und Brachen, verbessern bei einem entsprechenden Luftaustausch die klimatische Situation innerstädtischer Überwärmungsgebieten. Da Kaltluft schwerer ist als erwärmte Luft und deshalb nur bodennah zufließt, stören bereits kleine Barrieren und Überbauungen in den Kalt- und Frischluftschneisen den Luftaustausch zwischen den Kaltluftentstehungsgebieten und den Kommunen mit ihren verdichteten und thermisch vorbelasteten Siedlungsräumen. Neben linearen Grün- und Freiflächen mit niedriger Vegetation können auch Flüsse und Bäche und in begrenztem Maße selbst Straßenschluchten solche Funktionen übernehmen.

Frischluftschneisen werden in ihrer Bedeutung leider immer noch unterschätzt und dienen oft als Baulandreserve, da sie ja nicht flächenscharf in den Flächennutzungsplänen ausgewiesen sind. Eine flächenscharfe großzügige Ausweisung und Sicherung, insbesondere in den Landschaftsplänen als ökologische Grundlage für die Bauleitplanung und Flächennutzungsplanung, und damit ein verbindlicher Schutz sind deshalb wichtige Bestandteile einer Klimaanpassungsstrategie.

Innerstädtische Grünflächen, Parkanlagen und ausgedehnte Kleingartenanlagen wirken insbesondere in sommerlichen Hitzeperioden mit geringer nächtlicher Abkühlung ausgleichend auf eine dicht bebaute, durch Sonneneinstrahlung aufgeheizte Umgebung. Großräumige Frischluftschneisen bedürfen der interkommunalen Zusammenarbeit und der Festsetzung in den Regionalplänen.

Dach- und Fassadenbegrünungen schaffen

Begrünte Dächer leisten einen wichtigen Beitrag zur Klimaanpassung und Erhalt der Lebensqualität in verdichteten städtischen und gemeindlichen Räumen. Durch Rückhaltung und Verdunstung von Niederschlägen mindern sie das Überflutungsrisiko und tragen zur Entlastung der Abwasserkanäle bei. Daneben können sie die Energiebilanz von Gebäuden (Hitzeabschirmung und Wärmedämmung) verbessern und reduzieren dadurch ebenfalls den Energieverbrauch und CO₂-Emissionen, schaffen neue Freiräume auf dem Dach und stärken die Artenvielfalt in den Kommunen.

In Kombination mit Fotovoltaikanlagen ergeben sich Synergieeffekte, die zu höheren Stromerträgen führen können. Dach- und Fassadenbegrünungen tragen auch zur Minimierung von Feinstaub und Stickoxiden bei. Gerade in stark verdichteten Bereichen von Kommunen können Gründächer und Fassadenbegrünungen für Kleinklima, Ortsbild und Biodiversität positive Effekte erreichen und ihre Neuanlage sollte deshalb gezielt gefördert und wo möglich verbindlich gefordert werden.

Versiegelungsgrad in Siedlungsgebieten verringern

Der Versiegelungsgrad in Städten und Gemeinden hat in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen. So ist er nach Studien des Bayerischen Landesamtes für Umwelt in Bayern von 47,2 % im Jahr 2000 auf 50,9 % im Jahr 2015, also um 3,7 Prozentpunkte in nur 15 Jahren gestiegen. Neben einer wenig flächensparenden Bebauung haben dazu vor allem Nebenflächen, wie Parkplätze und untergeordnete Verkehrswege beigetragen. Alles Flächen, die statt einer Asphaltierung auch mit weniger Versiegelung (z.B. mit Rasengittersteinen) auskommen würden.

Eine wichtige Flächenreserve für die Entsiegelung sind Straßen- und Gebäudenebenflächen, die für die Abwicklung von Verkehren nicht (mehr) gebraucht werden, überdimensionierte Parkplätze, die auch durch Parkhäuser ersetzt werden können oder leerstehende Gewerbegebiete oder Teile davon, sofern sie nicht für Wohnbebauung genutzt werden. Hier können durch entsprechende Gestaltung mit wenig Aufwand Grünflächen, attraktive Blühflächen oder auch neue Baumstandorte geschaffen werden. Möglichkeiten zur Entsiegelung bestehen auch häufig in Hinterhöfen und nicht mehr benötigten privaten PKW-Stellflächen. Durch Entsiegelung und die Anlage von Grünflächen, durch die Bepflanzung mit Bäumen, Büschen und Stauden können hier attraktive Erholungsräume geschaffen werden, die gleichzeitig für Kühlung sorgen.

Klimaanpassung in der Bauleitplanung beachten

Durch eine entsprechende Gestaltung von Bebauungsplänen ist es Kommunen möglich, Klimaanpassungsmaßnahmen vorzusehen. Dazu gehören beispielsweise die Begrenzung der Bebauungsdichte, Vorgaben zur Gebäudeausrichtung und zur Vermeidung von Hitzestau oder die Festlegung klimaverträglicher Bauweisen und flächensparender Bauformen. Vorgaben zur Versiegelung, Versicke-

zung (z.B. Regenbewirtschaftung) und Beschattung, sowie Vorgaben zur Begrünung auf Grundstücken können ebenfalls in Bebauungsplänen getroffen werden. Wichtig ist die Festsetzung für Bäume (hier muss von vorneherein die Verlegung von Sparten wie Leitungen oder Rohre sowie die Errichtung von Tiefgaragen nebst Zufahrten festgelegt werden, da beides oft vorgesehene Baumstandorte im Nachhinein unmöglich macht), sowie die Gestaltung von Fassaden und Dächern (zum Beispiel auch die Verwendung heller Farben) - wobei eine Dach- oder Fassadenbegrünung zusammen mit Fotovoltaik oder Solarthermie die derzeit beste Lösung darstellt.

Öffentliche Verkehrsmittel klimatisieren

Die zunehmende Wärmebelastung kann dazu führen, dass die Stadt als Aufenthaltsort an Attraktivität verliert. Im Freizeit- und Erholungsverkehr werden verstärkt Ziele im Umland angesteuert. In Hitzeperioden verlagert sich der Verkehr zeitlich anders und verschiebt sich in die Tagesrandlagen. Bei hohen Temperaturen heizen sich Verkehrsmittel und -anlagen stark auf, so dass das Wohlbefinden der Verkehrsteilnehmer*innen bzw. die Benutzbarkeit beeinträchtigt werden kann. Die Klimatisierung öffentlicher Verkehrsmittel muss mit Nachdruck vorangetrieben werden, um die Benutzbarkeit bei Hitzewellen sicher zu stellen. Fahrzeugseitige Sonnenschutzmaßnahmen (Wärmeschutz) und die Beschattung von Wartepositionen (Betriebshöfe, Endstationen) sollten verstärkt vorgesehen werden. Daneben können begrünte Stadtbahngleise als Beitrag zur Entsiegelung für Stadtklima und Regenwasserversickerung förderlich sein.

Katastrophenschutz und Rettungsdienst unterstützen

Der Katastrophenschutz muss sich weiter auch auf Wetter- und Klimaextreme einstellen, die mit dem Klimawandel häufiger werden. Stürme, Tornados oder Sturzfluten können überall auftreten. Sie verursachen zumeist massive Schäden. Zum Schutz von Menschenleben oder wichtiger Infrastruktur, wie z.B. der Elektrizitätsversorgung, müssen die Schäden möglichst schnell behoben werden. Darauf müssen Feuerwehr, Technisches Hilfswerk und die sonstigen Rettungsdienste gut vorbereitet sein. Dafür brauchen sie die entsprechende Ausrüstung und genug Zeit für Training und Übungen.

Die Einsatzhäufigkeit von Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben durch Extremereignisse nimmt stetig zu. Ihr muss durch Personalplanung und Einsatzmanagement begegnet werden. Hitzeperioden führen zu höheren Patient*innen-Zahlen in Krankenhäusern. Dem muss mit entsprechenden Kapazitäten bei Betten und Personal Rechnung getragen werden.

Patrick Friedl und Dr. Klaus Kuhn

Stand: Januar 2020

Stand: Januar 2020



KONTAKT:

Patrick Friedl, MdL

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Bayerischen Landtag
Maximilianeum, 81627 München

Tel.: 089 4126 2451

Fax: 089 4126 1494

patrick.friedl@gruene-fraktion-bayern.de